

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 25

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZUSAMMENHÄNGE

Machtvakuum im Osten. Ja, und?

Die Destabilisierung Osteuropas ist heute keine Befürchtung mehr, sondern eine Realität. Eine andere Frage ist es, ob die damit häufig verbundene Katastrophenwarnung zu recht besteht. Wahrscheinlich ist es weniger so, dass uns aus dem Osten eine Explosion droht, als vielmehr so, dass dem ehemaligen Sowjetlager eine Implosion droht.

In den letzten Monaten sind der Reihe nach Dinge passiert, welche die Sowjetunion nach bisherigen Erkenntnissen nie würde hinnehmen dürfen. Aber nolens volens haben die Sowjets das alles hingenommen, und es macht eher den Anschein, als würden sie sich ihrerseits von den Ereignissen anstecken lassen, die sie mit ihrer Perestrojka selbst ausgelöst hatten, ohne zu ahnen, wohin das führen würde. Wo sind die Grenzen der sowjetischen Zulassung? So hat man lange gefragt. Allmählich drängt sich die Ergänzungsfrage auf: Gibt es sie überhaupt, diese Grenzen?

Symptom Nummer 1 für die Entwicklung ist heute die DDR. Die kontrollierte Wende unter Egon Krenz ist gescheitert. Er ist mit

dem Rest der Kontinuitätsvertretung durch die Wut der Parteibasis hinweggefegt worden, die ihren früheren Gehorsam durch flammende Empörung überkompensierte. Anlass dazu war die enthüllte Korruption, obwohl deren Bestehen bis auf die anschaulichen Details allgemein bekannt war. Die Zeit drängt auf Loslösung, und in solchen Fällen pflegt man die «neuen» Gründe auch zu finden.

Am vorgeschobenen SED-Kongress wurde im Anlauf vom ersten Wochenende schon auf die führende Rolle der Partei verzichtet. Das wäre noch vor ein paar Monaten ein bedenklich riskantes Vorpellen für das Sowjetlager gewesen; heute ist es osteuropäische Normalität. Beschlossen wurde ferner (nach dem schon unendlich weit zurückliegenden ungarischen Präzedenzfall dieses Herbstes) eine Namensänderung, und das entspricht dem Wunsch, die Diskontinuität zu markieren, ohne deren Bekundung sich die Partei für verloren hält. Man bestimmte eine neue Vorstandskonzeption und wählte mit Gregor Gysi einen neuen Vorsitzenden. Er bekennt sich zur gemeinsamen Tradition von Kommunisten, Sozialdemokraten und Pazifisten. Diese Tradition hat es im Zustand der gehandhabten Macht zwar nie gegeben, aber irgend etwas muss man ja sagen. Den dialogischen Anschluss an die SED hatten höchstens Sozialisten und Militante der Friedensbewegung in Westdeutschland gefunden, und das ist ein vergessener Abschnitt der Geschichte; in der zivilisatorischen Landschaft von heute gibt es ja kaum noch einen Standort, von wo aus man den Hahn dreimal krähen hören könnte.

In der DDR hat indessen nicht nur die bisherige SED ihren festen Boden verloren, sondern eigentlich auch die bisherige Opposition. Aus den Gremien des Neuen Forums, der Kirchen und anderer Gegenkräfte mit realitätsbezogenem Sinn für Verantwortung hatte bis in die Wende hinein verlautet, die überwiegende Mehrheit der Bürger bejahe weiterhin den Sozialismus, der trotz seiner bisherig schlechten Ausführung die anerkannte Gegebenheit dieses Landes bleibe. Die oppositionellen Bürger freilich hatten das nicht so sicher gewusst wie die oppositionellen Sprecher, und heute ist die Diskrepanz strassenkundig geworden. Selbst die unbestreitbare Tatsache, dass die Wiedervereinigung ein ausschliesslich westdeutsches Thema sei, ist innerhalb der letzten paar Tage unbestreitbar gewendet worden.

Das alles – und beileibe nicht nur die vage «Wiedervereinigung» allein – hat die besorgte Frage aufkommen lassen, wieweit die Sowjetunion eine Destabilisierung der Verhältnisse in Europa hinnehmen könne.

Es gibt Überlegungen, welche die Ängste entschärfen können. Osteuropa bedarf einer gewaltigen ökonomischen und ökologischen Sanierung unter entsprechend gewaltigen Kosten. Diese dem Westen zu überlassen, ist ein erstrangiges Anliegen der Sowjetunion, die selber heruntergewirtschaftet ist.

Und dann hat die Sowjetunion mit durchaus gleichartigen Stabilitätsproblemen bei sich selber zu tun. Die Anfechtung gilt unter anderem den Grundprinzipien der bestehenden Ordnung, zum aktuellen Hauptbeispiel der führenden Rolle der Partei. Im Baltikum hat man sie eigenmächtig abgeschafft. Das ist nach dem Präzedenzfall der neuen Bürgerschafts- und Sprachengesetze ein noch gravierenderes Exempel dafür, dass die betreffenden Sowjetrepubliken ihre einseitigen Souveränitätserklärungen nicht nur erlassen, sondern auch inhaltlich in Anspruch nehmen.

Moskau hat dazu sein formelles Nein gesagt, sieht sich aber inzwischen gesamtsowjetisch mit der gleichen Thematik konfrontiert. Artikel 6 der gesamtsowjetischen Verfassung, in welchem die führende Rolle der Partei formuliert ist, wird von der Führung selbst nur noch mit vorbehaltlichen Wendungen als Einstweiligkeit verteidigt, während die Opposition, und keineswegs die ausserrussische allein, schon auf Abschaffung drängt.

Das relativiert das osteuropäische Aussehen. Wenn man fragt, wie «die» Sowjetunion darauf reagiert, muss man schon weiter fragen, wie denn die Sowjetunion beschaffen ist, die da reagieren soll. Die kompakte Definition von früher fehlt, und zu ihrer Wiederherstellung bedürfte es schon eines Staatsstreiches, nach welchem sich die neuen Machthaber notgedrungen auf ihr eigenes Territorium konzentrieren würden.

Christian Brügger

Unsere periodische Zeitbild-Rubrik

Reformen in der Sowjetunion

Zeitabschnitt	Anteil der fortschrittlichen Reformen am Total der Reformen	
	Anteil der fortschrittlichen Reformen	Anteil der Rückschritte
im Monat November allein	84 %	16 %
seit Beginn der Analyse	77 %	23 %

- Die Ende Oktober dieses Jahres ermittelten Prozentzahlen der Reformen gelten unverändert auch für den zu Ende gegangenen Monat November.
- Als eines der wichtigsten Anzeichen für die tatsächliche Verwirklichung der Perestrojka ist der Umstand zu werten, dass die sowjetische Führung die neuen, politisch relevanten und tiefgreifenden Reformen in der DDR und der CSSR nicht nur hinnimmt, sondern meistens sogar offiziell befürwortet.
- Die meisten festgestellten Fortschritte liegen weiterhin bei der Liberalisierung und Demokratisierung auf dem Gebiet der Machtstrukturen sowie bei den Rationalisierungsbestrebungen in der Binnenwirtschaft. Auch auf dem umfangreichen Gebiet der Soziologie hält der bisherige Trend zur Liberalisierung an. Die entsprechende Gesetzgebung, zum Beispiel bezüglich Eigentumsverhältnisse, lässt weitreichende soziale Folgen erwarten.
- Ein weiterer Hinweis auf die Ernsthaftigkeit der Perestrojka ergibt sich daraus, dass bis jetzt sehr wenig Bewegung in der Politik der Sowjetunion gegenüber den Staaten der Dritten Welt zu konstatieren war. Das wenige deutet auf einen gewollten Rückgang des Einflusses auf diese Staaten, bedingt schon durch die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion.

Zusammenstellung: Harald de Courten